

Der Rat der Stadt Rheine fordert die Bundesregierung auf, den Beschluss über die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke zurück zu nehmen.

Die Stadt Rheine setzt im künftigen Energiemix zu 100 % auf Erneuerbare Energien. Gemeinsam mit dem Kreis Steinfurt setzt Rheine auf einer Energieversorgung zu 100 % aus Erneuerbaren Energien bis spätestens 2050.

Atomenergie ist extrem gefährlich. Die Entsorgung des Atommülls ist ungelöst und belastet nachfolgende Generationen über Tausende von Jahren.

Die Stadt Rheine ist in besonderer Weise betroffen von dem Beschluss der AKW Laufzeitverlängerung:

Das AKW Lingen ist lediglich 30 Km entfernt. Im Falle eines Atom Unfalls liegt Rheine im Gefährdungsgebiet. Der Atom Meiler Lingen ist inzwischen 22 Jahre alt. Bei einer Verlängerung der Laufzeit wäre dieser Meiler noch bis weit nach 2030 am Netz. Die Gefahr eines Unfalls steigt mit längerer Lebensdauer. Wir wollen eine Abschaltung des Meilers, wie zwischen der Bundesregierung und den Atomkraftwerksbetreibern im Jahr 2000 vereinbart, bis 2018.

Das Atommüll - Zwischenlager Ahaus ist ebenfalls nur 30 Km entfernt. Hier wird immer mehr gefährlicher Atommüll zwischengelagert. Bei einer Verlängerung der Laufzeit fällt noch mehr Atommüll an, dessen Entsorgung nicht klar ist. Das Zwischenlager wird so zum Endlos-Zwischenlager. Wir wollen dieses Zwischenlager nicht mehr in unserer Nachbarschaft haben.

Durch die AKW Laufzeitverlängerung werden Investitionen unserer Stadtwerke und der Zusammenschlüsse der Stadtwerke wie z.B. Trianel, bedroht. Durch den Beschluss der Laufzeitverlängerung werden die großen Energieversorger gestützt. Eine Laufzeitverlängerung der AKW bedroht nicht nur Investitionen sondern verringert auch den Gewinn der Stadtwerke im Geschäftsfeld der Stromproduktion. Dieses wiederum führt zu finanziellen Ausfällen bei der Stadt Rheine. Wir wollen ein wirtschaftlich gesundes Stadtwerk Rheine und lehnen die finanzielle Exklusivstellung für die vier großen Energieversorger ab. Die neue Energiewirtschaft, die für mehr Wettbewerb, für Erneuerbare Energien und neue, dezentrale Strukturen steht, wird von der Bundesregierung massiv behindert.

Der Rat der Stadt Rheine fordert die Bundesregierung auf, eine zukunftsweisende, auf erneuerbare Energien ausgerichtete Energiepolitik zu betreiben.